



Der Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 18.01.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 25. Januar 2023, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 30.11.2022

2. 23-A-79-0003

Wahl Nachrückende/-r des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie für die Jury des Wiesbadener Integrationspreises

3. 23-F-69-0001

Sozialhilferechtliche Leistungsprüfung im Fall der Wohnungsvermietung des ehemaligen Oberbürgermeisters an seine Mutter
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

In der Presse wurde über Mietzahlungen an den ehemaligen Oberbürgermeister Sven Gerich durch das „Sozialamt“ („gemeint war offensichtlich das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge“) berichtet. Die Mietzahlungen sollen für die Vermietung seiner Wohnung an seine leibliche Mutter erfolgt sein und wurden voraussichtlich durch eine E-Mail Gerichs an den damaligen Amtsleiter eingeleitet. Nach dem Bericht wurde diese Mail von der dienstlichen Oberbürgermeister-Adresse versendet, so dass die Vermutung einer Anweisung zu Änderungen in einem laufenden SGB XII-Fall naheliegt. Die Zeitung berichtet, dass die Änderung wunschgemäß umgesetzt wurde. Die direkten Mietzahlungen an den ehemaligen Oberbürgermeister Gerich durch das Amt hätten fünf Jahre andauert. Durch die in dem Pressebericht zitierte E-Mail des ehemaligen Oberbürgermeisters wurde der Fall prominent und aktenkundig.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten,

- 1) wie die Prüfung eines Falles im Rahmen der Sozialhilfe/Grundsicherung im Regelfall erfolgt? Hierbei soll auch darauf eingegangen werden
 - (a) ob die im Pressebericht zitierte E-Mail des ehemaligen Oberbürgermeisters an den Amtsleiter Auswirkungen auf den Regelfall hatte?
 - (b) wie sich ein prominenter Beteiligter (Oberbürgermeister Gerich) auf die Prüfung auswirkt?
 - (c) ob solche besonderen Fälle von der Sachbearbeitung oder von höherer Stelle geprüft werden?
- 2) wie die Prüfung eines Umzuges im Regelfall erfolgt? Hierbei soll auch darauf eingegangen werden
 - (a) wer die endgültige Entscheidung über die Genehmigung des Umzuges trifft?
 - (b) wie dies im Fall der Mutter von Gerich war? Wurden auch Umzugskosten erstattet?
 - (c) ob ein entsprechender Aktenvermerk vorgenommen wurde?
 - (d) bis in welchen Rang der Hierarchie im Sozialamt der Fall vermerkt wurde?
- 3) ob in diesem Fall auch die Angemessenheit der neuen Wohnung geprüft wurde und ob die neue Wohnung angemessen war?
- 4) ob in diesem Fall, zumindest ab dem Zeitpunkt der E-Mail Gerichs, eine Unterhaltspflicht geprüft wurde und ob es dazu einen entsprechenden Aktenvermerk gibt? Im Falle des Unterlassens einer solchen Prüfung, soll der Grund dafür mitgeteilt werden.

- 5) ob der ehemalige Oberbürgermeister Gerich aufgrund von einer Vollmacht oder eingerichteter gesetzlicher Betreuung befugt war, den Vermieterwechsel auf seine Person und die damit verbundene Änderung des Leistungsempfängers für seine Mutter anzuzeigen und ob eine solche Anzeige per E-Mail den Formerfordernissen einer Änderung des Leistungsbezugs entspricht,
- 6) ob in dem Fall eine Einkommensanrechnung stattgefunden hat? (Der ehemalige Oberbürgermeister Gerich gibt selbst an, er habe finanzielle Unterstützung geleistet.)
- 7) ob bei der jährlichen Neubewilligung der Leistungen Unterhaltspflicht und Einkommen überprüft wurde? Wenn nein, warum nicht?
- 8) ob bei der Übergabe der Amtsgeschäfte von Stadtrat Goßmann auf Stadtrat Manjura Hinweise auf den Fall des ehemaligen Oberbürgermeisters Gerich gemacht wurden?
- 9) ob bei der Übergabe der Amtsleitung an die neue Amtsleiterin Hinweise auf den Fall des ehemaligen Oberbürgermeisters Gerich gemacht wurden? Wenn dies der Fall gewesen ist, wurde auch der Dezernent über den Fall informiert?
- 10) ob der aktuelle Sozialdezernent vor der Veröffentlichung des Presseartikels auf anderem Weg Kenntnis über diesen Fall gewonnen hatte?

4. 23-F-63-0006

Gewalt gegen ältere Menschen in stationärer und teilstationärer Pflege
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Gewalt gegen alte und pflegebedürftige Menschen zählt nach wie vor zu den Tabuthemen in unserer Gesellschaft. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) versteht unter Gewalt in der Pflege gegenüber älteren Menschen eine einmalige oder wiederholte Handlung oder das Unterlassen einer angemessenen Reaktion, wodurch einer älteren Person Schaden und/oder Leid zugefügt wird.

Fehlende Sensibilisierung, aber auch Überlastung beim Pflegepersonal kann zu übergriffigem oder gewalttätigem Handeln führen. Die Dunkelziffer ist laut wissenschaftlichen Untersuchungen höher als die Zahl der Vorfälle, die zur Anzeige gebracht werden. Die Betroffenen und ihre Angehörigen sind in solchen Fällen oft überfordert und benötigen professionelle Unterstützung. Ebenso wichtig ist, Fachkräfte in den Einrichtungen präventiv zu unterstützen, damit es nicht zu solchen Vorfällen kommt und damit sie, falls sie in ihrer Einrichtung Vorfälle bemerken, Hilfe erhalten.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

- 1) ob ihm in Wiesbaden Fälle von Gewalt gegen ältere Menschen in der stationären und teilstationären Pflege bekannt sind, und wenn ja, wie diese dokumentiert werden (wir bitten um eine anonymisierte Aufstellung der bekannten oder gemeldeten Fällen für die Jahre 2018 bis 2021);
- 2) welche Konsequenzen aus den gemeldeten Fällen für die Einrichtungen gezogen wurden;
- 3) ob Konzepte und/oder Maßnahmen zur Gewaltprävention in dem Bereich existieren;
- 4) welche Aus- und Fortbildungsangebote für in Wiesbaden tätige Pflegekräfte zu diesem Thema angeboten werden;
- 5) welche speziellen Beratungsangebote es für Angehörige in Wiesbaden zu dem Thema gibt.

5. 23-F-63-0008

Caterer an Wiesbadener Schulen

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 18.01.2023 -

Wie der Presseberichterstattung kürzlich zu entnehmen war, hat das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz die Betriebsschließung eines Wiesbadener Schulcaterers verfügt. In zehn Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden konnte daraufhin kein Mittagessen angeboten werden. Bereits am Folgetag konnte durch sehr zügiges Reagieren der Verwaltung an einigen der betroffenen Schulen wieder ein Mittagessen angeboten werden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten,*

1. wie häufig Schulcaterer regelhaft kontrolliert werden und wie viele Beanstandungen in 2022 festgestellt wurden.
2. ob auch einrichtungseigene Küchen regelhaft kontrolliert werden und wie viele Beanstandungen dort in 2022 festgestellt werden konnten.
3. wodurch der nun betroffene Wiesbadener Caterer mehrmals negativ aufgefallen ist und ob Gesundheitsgefahr für die Schüler*innen bestand.
4. ob der Vertrag mit dem betroffenen Caterer fortgesetzt wird oder rechtssicher eine Kündigung erfolgen kann.
5. wann alle betroffenen Schulen wieder mit Essen versorgt werden.
6. welche Maßnahmen zum Angebot einer Verpflegung (auch alternative Überbrückungsangebote, wie kalte Speisen) kurzfristig angeboten werden können, bis ein Ersatz für den bisherigen Caterer gefunden ist.

7. ob bei der bisherigen Auswahl der Schulcaterer auf die Erfüllung der DGE-Qualitätsstandards geachtet wurde und falls nicht, ob diese bei der zukünftigen Caterer-Auswahl berücksichtigt werden.
8. ob es ein zentrales Verfahren zur schnellstmöglichen Unterrichtung der Schulen, Schüler*innen und Eltern für solche Notfälle gibt.
9. ob und wie eine Rückerstattung des aufgeladenen Geldes auf den Mensakarten erfolgt.

6. 23-F-69-0002

Schließung eines Caterers für die Mittagsverpflegung in Wiesbadener Schulen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Unmittelbar nach dem Ende der Weihnachtsferien wurde vom Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz der Betrieb eines Caterers endgültig geschlossen. Zahlreiche Schulen waren von der Schließung betroffen, da es vielfach zum Ausfall des Schulmittagessen kam. Nach den vorliegenden Informationen wurden die Mängel bereits am 13.12.2022 festgestellt. Trotzdem kam es für die Schulen, die von dem Caterer versorgt wurden, zu keiner Lösung, so dass es zum Schulbeginn zu einem Ausfall des Schulmittagessen kam.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten,

1. wie sich der Ablauf der Suche nach einer Ersatzmöglichkeit für das Schulmittagessen seit dem 13.12.2022 bis zur endgültigen Schließung des Caterers am 10.01.2023 darstellt,
2. welche Maßnahmen nun unternommen werden, dass an den Schulen dauerhaft ein gutes Schulmittagessen angeboten werden kann,
3. wie in Zukunft ein solcher Ausfall unterbleiben kann.

7. 23-F-63-0010

Sachstand Euroschlüssel
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Menschen mit Behinderung begegnen im Alltag verschiedensten Herausforderungen. Oft spielen dabei die Themen Mobilität, Barrierefreiheit und der Zugang zu geeigneten sanitären Anlagen eine wichtige Rolle. Um Menschen mit Behinderung mehr Chancengleichheit zu ermöglichen, wurde 1986 vom CBF Darmstadt e.V. der Euroschlüssel eingeführt. Dieser ermöglicht Berechtigten die Benutzung von barrierefreien sanitären Anlagen, Aufzügen und Treppenliften. Der Euroschlüssel ist besonders im deutschsprachigen Raum verbreitet und bietet unter anderem Zugang zu Toiletten an Autobahnraststätten, Bahnhöfen, Museen, Fußgängerzonen und Behörden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. an welchen öffentlichen Toiletten in Wiesbaden der Zugang per Euroschlüssel möglich ist
2. bzw. an welchen dies nicht der Fall ist.
3. an welchen bisher nicht per Euroschlüssel zugänglichen Toiletten eine Nach- bzw. Aufrüstung geplant ist und wann diese durchgeführt werden soll.
4. zu welchen Anlagen, bzw. Einrichtungen der Landeshauptstadt (wie zum Beispiel Aufzüge oder Treppenlifte), der Zugang per Euroschlüssel ebenfalls möglich ist.

8. 23-F-69-0003

Erstorientierungskurse für Geflüchtete

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Die Mittel für Erstorientierungskurse für Geflüchtete wurden von der Bundesregierung für das Jahr 2023 von 46 Millionen Euro auf 23 Millionen Euro reduziert. Diese Kurse, die vom hessischen Volkshochschulverband zentral organisiert werden, vermitteln Grundlagen der deutschen Sprache und Kultur und geben damit auch eine Struktur und Gemeinschaft. Durch die Reduzierung der Mittel befürchtet der hessische Volkshochschulverband, dass viele Kurse ab Juli 2023 nicht mehr stattfinden können. Von insgesamt 280 Kursen wurden daher vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration nur 80 Kurse genehmigt. Der Bedarf an diesen Kursen ist aber weiterhin vorhanden, da die Zahl der Geflüchteten weiterhin hoch ist.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten,

1. wie der aktuelle Sachstand bzgl. der Erstorientierungskurse in Wiesbaden ist und ob es im Jahr 2023 aufgrund der Mittelkürzungen zu Einschränkungen im Angebot kommen wird.
2. ob es darüber hinaus zu anderen Änderungen im Angebot für Geflüchtete kommen wird.

9. 23-F-63-0007

Sachstandsbericht zum Beitritt WHO Netzwerk „Age-friendly City“

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Mit großer Mehrheit hat dieser Ausschuss den Magistrat beauftragt (Beschlussnr. 0055 15.09.2021), u.a. die Voraussetzung für den Beitritt zum WHO-Netzwerk „Age-friendly City“ zu schaffen. Im drauffolgenden Bericht vom 08.11.2021 heißt es unter 4., dass das weitere Vorgehen im Ausschuss besprochen werden soll. Da nun bereits ein Jahr vergangen ist, stellt sich die Frage, wie weit der Magistrat mit der Planung ist.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten, einen Sachstandsbericht darüber abzugeben,

1. welche Vorbereitungen zum Beitritt in das Netzwerk „Age-friendly City“ getroffen worden sind,
2. welche Vorarbeiten für den im Bericht erwähnten Aktionsplan erfolgt sind,
3. ob eine Sondierung der erforderlichen Ressourcen sowie der einzelnen Umsetzungsschritte des Programms mit allen erforderlichen Dezernaten und/oder freien Trägern stattgefunden hat, wenn ja mit welchen Ergebnissen, wenn nein warum nicht.

10. 23-A-79-0002

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

11. 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-63-0003

ANLAGE

Initiative Toleranz Tunnel nach Wiesbaden holen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 22.12.2022 -

2. 22-F-63-0067

ANLAGE

Sachstand zur Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Qualifizierungsmaßnahmen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.08.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 25.11.2022 -

3. 22-F-63-0097

ANLAGE

Sprachförderung in Kitas
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 22.12.2022 -

4. 22-V-33-0003

DL 01/23-4

Integrationsbericht 2019-2020

5. 22-V-50-0010

Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 24.01.2023; die Beratungsunterlagen werden nachgereicht -

6. 22-V-50-0011

Kofinanzierung eines ESF-Förderprogramms "Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen (EhAP+)"

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 24.01.2023; die Beratungsunterlagen werden nachgereicht -

7. 22-V-51-0054

DL 01/23-11

Freigabe aus Zusetzungen Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Rahmen der Jugendarbeit

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender